

Redebeitrag des Sprechers der Projektgruppe Gurs auf der Kundgebung am 9.11.2005

Die Deportation der badischen und pfälzischen Juden am Morgen auf den 23. Oktober 1940 setzte nicht nur einen Schlusspunkt unter ein bis dahin blühendes Kulturleben, sondern setzte den Auftakt zur Eliminierung einer ganzen Bevölkerungsschicht.

Noch vor der Wannsee-Konferenz 1942 und der auf ihr beschlossenen physischen Ausrottung des Judentums sollten die beiden Gaue Baden und Pfalz als Musterbeispiel für die Volksgemeinschaft dienen.

Antisemitismus war und ist kein neues Phänomen und in der deutschen Kultur verwirklichte er sich über lange Peioden. Neu war nun allerdings das eliminatorische Element, das nicht mehr nur auf Ausgrenzung und Gewalt setzte, sondern eine ganze Gruppe von Menschen ermorden wollte und dies letztlich auch (fast) tat.

Dabei ging es aber nicht um Befehlshierarchien und den verursachten Krieg, denn der Antisemitismus ist kein Randphänomen des Nationalsozialismus gewesen.

Die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsteile und die Identitätsstiftung mittels des Blutsrechts sind ein konstituierendes Element gewesen.

Konstituierendes Element einer von der großen Mehrheit getragenen Bewegung, welche alles als fremd Wahrgenommene vernichten wollte.

Dies waren nicht nur Juden, sondern prinzipiell alle von der Volksgemeinschaft ausgeschlossenen und demzufolge zu „bekämpfende“ Menschen.

Wichtig war nicht das Individuum, sondern welcher Bevölkerungsgruppe die Person zugeordnet wurde und dies entschied über ihr Recht zu leben.

Betroffen waren also auch Menschen anderen Glaubens als des jüdischen oder Menschen, die anderen Kulturkreisen zuzuordnen sind, wie z.B. Sinti und Roma.

Diese Volksgemeinschaft hatte im Sinne des Sozialdarwinismus das Recht über Leichen zu gehen und verursachte dadurch nicht nur Tod und Vernichtung in ganz Europa, sondern ermordete alle Menschen, die nicht ihren Teil dazu beitragen wollten oder konnten.

Resümee:

Aus den dargestellten Verhältnissen ergibt sich für uns, dass gerade am 9. November nicht nur dem Auftakt des deutschen Antisemitismus gedacht werden darf, sondern wir uns damit beschäftigen müssen, welche Verhältnisse so etwas produzieren.

Gerade in Zeiten der Strukturkrise des Kapitalismus finden solche Muster wieder verstärkt Gehör.

Heute heißt es vielleicht nur „der Bonze da oben, der das Volk beklaut“, morgen kann dieser Sündenbock vielleicht auch einen anderen Namen haben.

Nicht nur die Rechtsextremen und ihre Überdehnung an und für sich bürgerlicher Werte sind ein Problem.

Das Problem ist das tief verwurzelte völkische Denken und die Nicht-Anerkennung des Anderen.

Wir müssen aufhören in Kategorien von Volk und Nation zu leben, sondern den Anderen als das anerkennen, was er ist, nämlich ein gleichberechtigter Mitmensch in unserer Gesellschaft.

Statt Volks- und Schicksalsgemeinschaft brauchen wir eine egalitäre Gesellschaft, statt völkisch definierter Identität Verhältnisse, die die Ausgrenzung als fremd wahrgenommener Bevölkerungsteile verhindern.

Als Zeichen der Anerkennung und der Mahnung vor dem deutschen Antisemitismus fordern wir, an einem im Licht der Öffentlichkeit stehenden Platz ein Schild aufzustellen, welches den Weg vieler Mannheimer Mitmenschen nachzeichnet.